



Herrn Stadtratsvorsitzenden
Peter Nössler
c/o
Stadtverwaltung Coswig (Anhalt)
Frau Nößke

Alternative für Deutschland
AfD Fraktion Coswig(Anhalt)

Vorsitzender: Andreas Best
Fon: +49 172/ 349 075 0
E-Mail: a.best@stadtrat-coswig.de

Stellvertreter: Norbert Kinichal
Fon: +49 ^72/9599483
E-Mail:

Ihr Zeichen: -

Unser Zeichen:

Datum: 03.06.2025

Positionspapier

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit wachsender Sorge beobachtet die AfD-Stadtratsfraktion der Stadt Coswig die Entwicklung rund um das geplante Windkraftprojekt im Stadtgebiet. Die offensichtliche Koppelung erheblicher finanzieller Zuwendungen an die politische Entscheidung über die Errichtung von Windkraftanlagen wirft nicht nur rechtliche, sondern vor allem demokratische und moralische Fragen auf.

Die Mitglieder der Stadtratsfraktion der AfD appellieren an die gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinwohls, diesen Sachverhalt kritisch zu hinterfragen und sich ihrer Verantwortung gegenüber Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und der Bewahrung unserer Heimat bewusst zu sein.

Die Eigentümergemeinschaft „Rückenwind“, unterstützt durch die Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke (RWE), bieten der Stadt Coswig eine jährliche Zahlung in Höhe von insgesamt € 500.000,00 über mindestens 30 Jahre an – unter der Bedingung, dass das geplante Windkraftprojekt politisch genehmigt wird.

Einen Teil der Summe, nämlich € 250.000,00 soll als freiwillige Spende in eine Stiftung fließen, die den örtlichen Vereinen, Initiativen usw. zu Gute kommen soll, über deren Verwendung auch Stadtratsmitglieder mitentscheiden sollen. Weitere 250.000,00 sollen als Abgaben an die Stadt Coswig fließen.

Dieses Modell wirft folgende schwerwiegende Fragen auf:

Handelt es sich hierbei um die Käuflichkeit politischer Entscheidung? Wird der Stadtrat durch finanzielle Zusagen beeinflusst? Entsteht der Eindruck, dass der Stadtrat seine Entscheidungen nicht mehr ausschließlich am Gemeinwohl orientiert, sondern durch Geld gesteuert wird?

Wie unabhängig können Stadträte agieren, wenn sie gleichzeitig über Mittelverteilung in einer Stiftung entscheiden, die an ihre eigene Entscheidung geknüpft ist? Hier tut sich ein gravierender Interessenkonflikt auf.

Nimmt hier die demokratische Integrität Schaden? Was sagt es über unsere politische Kultur aus, wenn Unternehmen durch finanzielle Anreize politische Entscheidungen lenken?

Wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung gefährdet.

Ökologische und naturschutzrechtliche Bedenken:

Die geplanten Windkraftanlagen bringen massive Eingriffe in unsere Natur- und Kulturlandschaft mit sich:

- Windkraftanlagen mit über 200 Meter Höhe entstellen die Natur und unsere gewachsene Kulturlandschaft dauerhaft,
- Fundamente mit teils hunderten von Tonnen schweren Stahlbeton pro Anlage führen zu nicht reversiblen Schäden an Boden und Grundwasser.
- Studien belegen, dass insbesondere Greifvögel, Fledermäuse und Zugvögel durch Windräder stark gefährdet sind.

Tatsächlich gefährden diese Projekte geschützte Biotop und schränken die Lebensqualität in ländlichen Regionen ein.

Bestehende energiewirtschaftliche Zweifel an Effektivität von Windkraftstrategie:

Windkraft wird uns häufig als Lösung der Energiekrise verkauft – doch diese Darstellung greift zu kurz:

Windkraft ist unzuverlässig, sie liefert Strom nur, wenn Wind weht. An windstillen Tagen ist sie komplett unbrauchbar. Eine gesicherte Grundlastfähigkeit besteht nicht.

Die Windenergiebranche lebt maßgeblich von staatlicher Förderung. Steuergelder in Millionenhöhe finanzieren Projekte, deren wirtschaftlicher Nutzen fraglich sind und anderen gesellschaftlich notwendigen Investitionen, wie z. Bsp. in das Gesundheitssystem entzogen wird.

Wir, als AfD-Fraktion fragen uns:

Wie kann es sein, dass wir unsere Landschaft und Natur opfern für eine Technologie, die keine verlässliche Versorgung garantiert, Steuergelder in Millionenhöhe verschlingt und keine stabile Antwort auf die Zukunftsfragen der Energiesicherheit hat?

Wir, als AfD-Fraktion meinen:

Während funktionierende und saubere Kernkrafttechnologie ideologisch abgelehnt wird, drängt man uns in ein nicht tragfähiges Konzept mit realen Schäden.

Wir, als AfD-Fraktion lehnen das Windkraftprojekt ab, weil:

1. Es den demokratischen Entscheidungsprozess unzulässig unterläuft und die Mitglieder des Stadtrates unter Druck setzt.
 2. Es ökologisch hoch problematisch ist.
 3. Es wirtschaftlich ineffizient und technologisch nicht zukunftsfähig ist.
 4. Windkraft nur durch Zuführung von Steuergeldern funktioniert.
 5. Es den gesellschaftlichen Frieden durch undurchsichtige Absprachen gefährdet.
-
-



Wir, als AfD-Fraktion fordern den Stadtrat daher auf!

- Das Spendenmodell der Eigentümergemeinschaft Rückenwind und RWE strikt zurückzuweisen!
- Sich nicht durch finanzielle Lockangebote unter Druck setzen zu lassen!
- Eine offene, unabhängige und faktenbasierte Bürgerbeteiligung zu organisieren!
- Natur, Landschaft und Gemeinwohl über kurzfristige Einnahmeversprechen zu Stellen!

Wir als AfD-Fraktion appellieren an den Stadtrat:

Diese Entscheidung betrifft uns alle – für Jahrzehnte.

Lassen wir nicht zu, dass wirtschaftliche Interessen über demokratische Prinzipien und Naturschutz siegen.

Sprechen wir miteinander und halten wir gemeinsam inne, bevor wir unwiderrufliche Entscheidungen treffen.

Mit Besorgnis und Verantwortungsbewusstsein!



Andreas Best
Vorsitzender der



Fraktion Coswig (Anhalt)
